

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Heute Sportwache

C CI

MONTAG, 30. MAI 1949

UBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR WÜRTEMBERG UND HOHENZOLLERN

5. JAHRGANG / NUMMER 63

Malenkow in Prag

PRAG. Auf dem Parteikongreß der tschechoslowakischen Kommunisten, der durch die Teilnahme von G. M. Malenkow, einem maßgebenden Mitglied des Moskauer Politbüros, besondere Bedeutung erhielt, betonte Außenminister Clementis einmal mehr den Willen, die Freundschaft mit der Sowjetunion aufrechtzuerhalten.

In einer von dem Kongreß gefaßten Resolution hieß es abschließend: „Wir werden im Kampf um den Frieden in den Reihen des anti-imperialistischen Lagers stets entschlossen auf der Seite der Sowjetunion stehen. Es lebe der große Stalin, der weise Führer Sowjetrußlands, der Lehrer der Werktätigen in aller Welt.“

Prinzessin Margaret in Paris

PARIS. Prinzessin Margaret, die zweite Tochter des englischen Königs, traf am Samstag, aus der Schweiz kommend, in Paris ein. Noch am selben Tage dinierte sie mit der Gattin des französischen Staatspräsidenten Auriol und zwei Kabinettsministern.

Angekündigt wurde ihr Besuch in einem Nachtclub der Champs Elysées. Es dürfen während ihrer Anwesenheit jedoch nur Walzer und Slow-Fox gespielt werden, Jitterbug und andere Boogie-Woogies sind verboten.

Westdeutsches Grundgesetz als Muster

Die Vorschläge der Westmächte zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

PARIS. In der Samstagssitzung der Außenministerkonferenz überreichte Bevin die Vorschläge der drei westlichen Außenminister zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Danach wird das Bonner Grundgesetz als Muster empfohlen, wobei allerdings gewisse Änderungen vorgenommen werden können, um einen Beitritt der Länder der Ostzone zur westdeutschen Verfassung zu erleichtern.

Folgende Prinzipien müßten auch in der Ostzone zur Anwendung gelangen: Freiheit der Person einschließlich der persönlichen Bewegungsfreiheit, Schutz gegen Verhaftungen und willkürliche Sistierung, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Freiheit des Wortes, der Presse und des Rundfunks, Freiheit für alle demokratischen Parteien, Wahlfreiheit und schließlich Unabhängigkeit des Gerichtswesens.

Um diese Prinzipien in die Praxis umzusetzen, sei die Bildung jeder Art von politischer Polizei zu untersagen und vor allem ein Besatzungsstatut auf Viermächtebasis zu schaffen, wonach die bisherige Oberhoheit der Militärgouverneure in zivile Hände übergehen soll.

Nach der Einnahme von Schanghai

SCHANGHAI. Unmittelbar nach dem Abschluß der militärischen Besetzung Schanghais übernahmen politische Kommissare der Kommunisten die Kontrolle des größten Handelszentrums Asiens.

Der kommunistische General Tschou Yi, dessen Truppen Schanghai besetzten, hat das Amt des Bürgermeisters der Stadt übernommen. Bereits am Samstag ging der erste Zug nach Nanking ab. Den ausländischen Nachrichtenagenturen sind bis jetzt noch keine Beschränkungen auferlegt worden. Sie können nach wie

Ehard sichert seine Stellung

Sieg des bayerischen Föderalismus auf dem Landesparteitag der CSU

STRAUBING. Die bayrische CSU hielt von Freitag bis Sonntag in Straubing ihre vierte ordentliche Landeskonferenz ab, an der auch verschiedene Kabinettsmitglieder teilnahmen. Nach einer erregten zweieinhalbstündigen Debatte wurde Ministerpräsident Dr. Hans Ehard mit 396 Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt, während der bisherige Landesvorsitzende Dr. Josef Müller nur 151 Stimmen erhielt.

Ministerpräsident Dr. Ehard nahm am Freitag in einer Rede zum Grundgesetz Stellung und bemängelte vor allem, daß es noch größere Möglichkeiten für eine Entwicklung zum Zentralstaat biete als die Weimarer Verfassung. Der CSU-Abgeordnete im Parlamentarischen Rat Karl Mayr hingegen vertrat die Ansicht, wenn selbst die Franzosen den föderalistischen Charakter des Grundgesetzes anerkennen, so könne doch wohl von einer zentralistischen Gefahr nicht mehr die Rede sein.

Fast einstimmig wurde eine von dem Delegierten August Haußleiter vorgelegte Entschließung angenommen, die folgende Grundforderungen für die Bildung eines ein-

heitlichen deutschen Staates aufstellt: 1. Schaffung einer freien demokratischen Verfassung durch eine von allen Ländern in freier und geheimer Wahl unter Kontrolle der UN und bei Zulassung aller demokratischen Parteien gewählten Volksvertretung; 2. Anerkennung der Grundsätze der Atlantik-Charta ausnahmslos für alle Völker; 3. Selbstbestimmungsrecht auf der Grundlage der Atlantik-Charta für alle Einwohner der 1937 von Deutschen bewohnten Gebiete; 4. Abschluß eines gerechten Friedens.

Vor der Neuwahl des Landesvorsitzenden, die am Samstagmittag stattfand, kam es zu einer Auseinandersetzung darüber, ob die Presse ausgeschlossen werden solle. Wirtschaftsminister Dr. Seidl vertrat den merkwürdigen Standpunkt, es handle sich bei einer solchen Parteidiskussion um eine Art Familienauseinandersetzung, die innerhalb der Familie erledigt werden müsse. Unter Protest räumte die Presse den Saal. Als es bei Beginn der Wahldebatte zu tumultartigen Szenen kam, wurde auch die Lautsprecherübertragung, der Hunderte von Zuhörern vor dem Versammlungslokal gelauscht hatten, ausgeschaltet. Auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Dr. Ehard wurden schließlich die Vertreter der beiden Nachrichtenagenturen Dens und dpa wieder zugelassen.

Kultusminister Dr. Hundhammer warf dem bisherigen Landesvorsitzenden Dr. Müller vor, daß unter seiner Geschäftsführung die CSU 200 000 DM Schulden gemacht habe und trotzdem nicht einmal über ein Publikationsorgan verfüge, das der Partei nütze. Müller hingegen beschuldigte Hundhammer der Erbetung mit „Du“ anredete, mit einem Verbindungsmann General de Gaulles Besprechungen gehabt zu haben.

Die Mehrheit der Delegierten war der Ansicht, daß durch die Wahl Ehard die innere Spaltung und die Abspaltung weiterer Mitglieder beseitigt werde, und daß nicht zuletzt dadurch auch die bayrische Politik einer Vertretung des föderalistischen Prinzips im deutschen Bunde eine Stärkung erhalte.

Wahlgesetz genehmigt

FRANKFURT. Die Militärgouverneure der drei Westzonen teilten dem Büro der Ministerpräsidenten am Sonntag in einem Schreiben mit, daß sie das vom Parlamentarischen Rat beschlossene Wahlgesetz nach einigen Abänderungen genehmigten. So sollen alle Exekutivbefugnisse des Wahlgesetzes den Länderchefs übertragen werden, die Vertreter Berlins im Bundesrat nur beratende Stimme haben und höchstens acht betragen, ferner ein Kandidat nur in seinem eigenen Land wählbar sein. Die Gouverneure hoffen, daß das Wahlgesetz in der von ihnen gewünschten Form eine große Mehrheit bei den Länderchefs finden wird.

Sowjetische Störungsmanöver

Bahnverkehr nach Berlin „bis auf weiteres“ eingestellt

BERLIN. Die Einstellung des Eisenbahnverkehrs zwischen Westdeutschland und Berlin „bis auf weiteres“ wurde am Freitag gesondert von den amerikanischen, den britischen und den sowjetischen Behörden bekanntgegeben. Seit Donnerstag hat die Ostzonenbahn keine Güterzüge an der Zonengrenze mehr übernommen.

Der Kommandant des amerikanischen Sektors, Brigadegeneral Howley erklärte, die Entwicklung seit der Aufhebung der Blockade lasse erkennen, daß der Osten die explosive Spannung in Berlin ausnütze, um auf die Außenminister der Westmächte in Paris einen Druck auszuüben, damit sie die sowjetischen Vorschläge für die Lösung des gesamtdeutschen Problems annehmen. Im gleichen Sinne wird in alliierten Kreisen die Ansetzung sowjetischer Land- und Luftmanöver im Luftkorridor Bückeburg-Berlin gedeutet, gegen die die britische und amerikanische Militärregierung Protest eingelegt haben.

Oberbürgermeister Prof. Ernst Reuter

Dr. Sauer verweigerte die Antwort

RAVENSBURG. In der letzten Sitzung des Gemeinderats von Ravensburg richtete ein Stadtrat an Kultminister Dr. Albert Sauer, der gleichzeitig Oberbürgermeister von Ravensburg ist, eine Anfrage über die Konferenz in Waldsee (siehe Schwäb. Tagblatt Nr. 37 vom 28. 3. 49). Dr. Sauer hatte in einer Gemeinderatssitzung am 1. April zugesagt, eine Erklärung über diese Besprechungen abgeben zu wollen.

Dr. Sauer verweigerte auf die Anfrage eine Antwort und erklärte die Sitzung für geschlossen, wobei er argumentierte, die Anfrage hätte schriftlich gestellt werden müssen. Gegen diese Haltung des Kultministers und Oberbürgermeisters wandte sich ein Teil des Gemeinderats. Landtagsabg. Kübler erklärte, er habe in seiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit eine derartige Beschränkung des Anfragerrechts noch nicht erlebt.

Schuman traf Länderchefs der Zone

OFFENBURG. Der französische Außenminister Robert Schuman traf am Sonntag, vom Nationalkongreß der MRP in Straßburg kommend, mit den Länderchefs der französischen Zone, Staatspräsident Dr. Müller, Staatspräsident Wohleb und Ministerpräsident Altmeier in Offenburg zusammen. Ueber den Inhalt der Besprechungen wurde bisher noch nichts bekannt.

Giuliano narrt italienische Polizei

ROM. Der italienischen Öffentlichkeit, die mit wachsender Ungeduld die endliche Festnahme des berühmtesten berüchtigten sizilianischen Banditen Giuliano erwartet, wurde jetzt mitgeteilt, daß die Razzia, für die 3000 italienische Polizisten eingesetzt wurden, bis jetzt über 70 Todesopfer gefordert hat.

Der Kampf der Kirchen

Von Walter Massow

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt die westliche Welt den Unterdrückungskampf des Bolschewismus gegen die Kirchen in den Vasallenstaaten der Sowjetunion. In diesem Kampf, der gewöhnlich als die unmittelbare Auswirkung des marxistischen Dogmas betrachtet wird, scheint sich jedoch ein sehr komplizierter und vielschichtiger Prozeß widerzuspiegeln, in dem die russische orthodoxe Kirche beileibe nicht nur etwa die Rolle des Handlagers der Bolschewiken spielt, sondern führend und planend beteiligt ist. Während man zunächst in der im Laufe des Krieges erfolgten Lockerung der kirchenfeindlichen Beschränkungen in der Sowjetunion nur ein formelles Zugeständnis an die Westmächte sah, an dessen praktische Durchführung niemand glaubte, erwies sich bald, daß die orthodoxe Kirche von dem bolschewistischen Regime tatsächlich wesentliche Freiheiten in der Ausübung des Kultus und in der Heranbildung junger Theologen zugewilligt erhielt.

Die Kirchen in der Sowjetunion sind wieder stark besucht, und in den zahlreichen theologischen Seminaren und Zeitschriften entfaltet sich reges geistliches Leben. Die Hintergründe dieses Wechsels in der bolschewistischen Politik blieben lange unklar. Denn an dem atheistischen Dogma des Marxismus wurde ebensowenig geändert wie an der Gottlosenpropaganda in den Schulen und Jugendorganisationen. Die These, man habe der kriegsmüden Stimmung der russischen Bevölkerung Zugeständnisse machen wollen, erwies sich ebenfalls als unrichtig, denn auch nach dem Krieg blieb die neue Freiheit der Orthodoxen bestehen.

Obwohl die russische orthodoxe Kirche ihre neue Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit — zumindest äußerlich — dem Diktator der verschiedenen evangelischen Bekenntnisse in den angelsächsischen Ländern zu verdanken hatte, hielt sie sich von Anfang an überraschenderweise von der ökumenischen Zusammenarbeit der Kirchen zurück an der die anderen orthodoxen Kirchen und der Patriarch von Konstantinopel eifrig teilnahmen. Sie betreibt seit Kriegsende eine ausgesprochene Ausdehnungspolitik, deren erstes Opfer die sogenannten griechisch-orientierten Kirchen in den Nachfolgestaaten der alten Donaunonarchie waren. Es handelt sich hierbei um ursprünglich orthodoxe Kirchen in Galizien, der Karpatho-Ukraine und Rumänien, die sich unter dem Einfluß der Gegenreformation und der Tätigkeit der Jesuiten im 18. Jahrhundert der römischen Kirche angeschlossen, jedoch die slawische Kirchensprache und Liturgie sowie die Priestertracht beibehielten. Diese Kirchen wurden schon 1945 in den von der Sowjetunion annektierten Gebieten Galiziens und der Karpatho-Ukraine, und 1947 in Rumänien zwangsweise zur orthodoxen Kirche zurückgeführt und die widerstrebenden Priester abgesetzt und verschleppt.

Der nächste Schlag vernichtete die Selbstständigkeit der orthodoxen Nationalkirchen in Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien, die sich nach der Abdankung des russischen Zaren im Jahre 1917, bis dahin das geistliche und weltliche Oberhaupt der gesamten Orthodoxie, autokephal, das heißt selbständig gemacht hatten. Nun sind sie neuerdings dem Metropolit von Moskau unterstellt.

Die russische orthodoxe Kirche hat den sowjetischen Imperialismus sehr bald auch zur Ausdehnung ihres eigenen Machtbereichs über die seit Jahrhunderten festliegenden Grenzen der Orthodoxie hinaus benutzt. Vor allem verfolgt sie offen den Plan, die römisch-katholische Kirche aus den Vasallenstaaten Moskaus zu verdrängen. Es gab einmal eine Zeit nach dem ersten Weltkrieg, da bildete der Vatikan in einem orientalischen Seminar in Moskau Priester aus, die nach der Erlernung des Kirchenslawischen und lebender slawischer Sprachen sowie der slawischen Liturgie die Aufgabe übernehmen sollten, die vom Bolschewismus damals tödlich bedrohten orthodoxen Kirchen dem Katholizismus zuzuführen. Heute jedoch befindet sich die katholische Kirche in Osteuropa überall in der Verteidigung gegen das Vordringen der Orthodoxie. Aus den Moskauer theologischen Zeitschriften weiß man, daß die russische orthodoxe Kirche die Unterdrückungspolitik der Sowjets gegen die römische Kirche durchaus billigt. Die verschiedenen Priesterprozesse, vor allem gegen den Agrarminister Erzbischof Stepinac und gegen Kardinal Mindszenty, wurden völlig im Lichte der kommunistischen Propaganda behandelt.

Auch in der Weltpolitik folgt die russische Orthodoxie der Sowjetpropaganda. Als im Sommer 1948 Vertreter aller nichtkatholischen Kirchen in Amsterdam zu einem großen ökumenischen Kongreß zusammenkamen, dem auch Rom wohlwollend gegenüberstand, griff die russische orthodoxe Kirche, ganz im Gegensatz etwa zur griechischen orthodoxen Kirche, den Kongreß als ein Instrument der kapitalistischen Kriegshetze an.

Lange Zeit hindurch konnte man den Eindruck haben, die Moskauer Orthodoxie spiele



Vor Ihre Berichte ungehindert nach Uebersee schicken.

Wie in Peiping und Tientsin schloß auch in Schanghai das sowjetische Konsulat. Ein Sprecher erklärte, die Schließung sei erfolgt, weil ein „neues Regime, das unsere Regierung nicht offiziell anerkennt, nach Schanghai gekommen ist.“

Nach Meldungen aus Kanton nähern sich kommunistische Vorhuten der Hauptstadt der Provinz Hunan, Tschangschu, von Osten und Norden.

Bessere Zugverbindungen

Tübingen. Ab heute hält der Eilzug 520 Aulendorf-Tübingen versuchsweise in Mössingen zum Ein- und Aussteigen von Reisenden an. Abfahrt in Mössingen 10.45 Uhr, vom gleichen Tag ab wird Zug 3290 von Tübingen täglich über Balingen hinaus im vorgesehenen Plan bis Ebingen durchgeführt. Ab Dienstag den 31. Mai verkehrt Zug 3351 nach Tübingen täglich im vorgesehenen Plan ab Ebingen.

Verwaltungsänderung an den Bodensee

Tübingen. Wie das Eisenbahnverkehrsamt Tübingen mitteilt, ist am Freitag den 13. Mai eine Verwaltungsänderung mit 50 Prozent Fahrpreiserhöhung nach Metzlingen über Tübingen-Sigmaringen nach Konstanz und zurück geplant. Der Sonderzug fährt in Metzlingen 5.05 Uhr ab, mit Halt in Reutlingen, Kirchzellinsfurt, Tübingen, Mössingen, Hechingen, Balingen, Ebingen und Sigmaringen und wird 10.18 Uhr in Konstanz eintreffen. Anschließend ist Besichtigung der Stadt und Mittagessen nach Wahl in den einzelnen Gaststätten. Ein besonderes Erlebnis wird die Bodenseerundfahrt mit Sonderschiff und Musik für die Teilnehmer werden. Das Sonderschiff verläßt Konstanz 12.30 Uhr, fährt dem Schweizer Ufer entlang bis auf die Höhe von Somanhorn und von hier nach Meersburg. Danach etwa drei Viertel Stunden Aufenthalt. Schließlich wird dann noch die Insel Mainau angefahren mit einem Aufenthalt bis 18 Uhr. Nach Rückkehr in Konstanz wird der Sonderzug 19.40 Uhr seine Rückfahrt antreten.

Unwetter über dem Murgtal

Balersbronn. Ein schweres Unwetter mit Hagel, Sturm und Regen ging in den späten Nachmittagsstunden des Sonntags über dem Murgtal nieder. Das Wetter, das aus Richtung Kleins kam und über Balersbronn das Murgtal schwärts zog, dürfte einen guten Teil der Obst- und Gemüseernte vernichtet haben. In Gärten und an der Hauptstraße in Oberdorf wurden Obstbäume buchstäblich umgerissen und von den Ästen die Äpfel heruntergerissen. Von den Bergen stürzte das Wasser in reißenden Bächen herab. Auch andere Murgtalgemeinden wurden von schweren Schäden betroffen. Im nahen Mittelfal ging das Gewitter nieder, ohne besonderes Unheil anzurichten.

„Seht, das ist Laichingen!“

Die Laichinger Heimatwoche eröffnet / Schon die ersten Tage brachten viele Gäste

Laichingen, Kreis Münsingen. Strahlender Sonnenschein lag über den Höhen der Alb, als am Samstagmorgen Innenminister Renner die Laichinger Heimatwoche und die damit verbundene Ausstellung eröffnete. Landrat Ritter, Münsingen, begrüßte die Gäste der Gemeinde Laichingen zu ihrer Heimat- und Leistungsausstellung, die nicht nur vom Fleiß und von der Beharrlichkeit der Albbewohner Kunde gebe, sondern auch den Willen unserer Altbauer zu Arbeit und Leistung zeige. Innenminister Renner wies darauf hin, wie notwendig gerade in unserer Zeit die Lebensfreude sei, und er äußerte sich in anerkennenden Worten über den Mut und den Unternehmungsgeist der Laichinger Bevölkerung.

Die Postverwaltung hat kein Erbarmen mit Rundfunk-Schwarzhörern

AG. Es ist wohl anzunehmen, daß die große Masse der Rundfunkhörer unter der weißen Rasse der Menschen zu finden ist. Jedoch ist auch statistisch nachgewiesen, daß unter der weißen Rasse die größte Anzahl von Schwarzhörern sich befindet. Die Weissen unter den Rundfunkhörern wissen, daß sie ungestört und unter dem Schutz des Staates ohne Furcht vor Strafverfolgung und vor Beschlagnahme ihres Empfängers den Stimmen der Welt in Wort und Ton lauschen können, denn sie haben ihr Gerät bei der Aufstellung dem zuständigen Postamt angemeldet, haben die Rundfunkgenehmigung kostenlos erhalten und zahlen monatlich ihre Rundfunkgebühr von 3 DM. Die ganz Kleinen haben hinter ihrem Gerät ein Pfennigglaschen aufgestellt, in das sie täglich 10 Pfennig legen. Damit bezahlen sie nicht bloß die Rundfunkgebühr, sondern auch die Kosten für die Funkzeitung, die ihnen das Aktuelle aus aller Welt mit dem europäischen Funkprogramm in Wort und Bild wöchentlich mit der Post ins Haus bringt.

Deutschland führend in der Hundezucht

Eine Ausstellung des Landesverbandes für das Hundewesen in Württemberg-Hohenzollern Pf. Taiflingen, Kreis Balingen. Gestern fand in Taiflingen die Landesausstellung des Verbandes für das Hundewesen in Württemberg-Hohenzollern statt, die von etwa 5000 Hundefreunden besucht war. Unter den Gästen sah man Vertreter des Landwirtschaftsministeriums, des Landratsamtes und der Militärregierung des Kreises Balingen und Hechingen. Der zweite Vorsitzende des Landesverbandes Fritz Höhle, Freudenstadt, in dessen Händen die Gesamtleitung der Ausstellung lag, sowie der Schirmherr der Veranstaltung, Bürgermeister Schöller, Taiflingen, konnten einige hundert Aussteller begrüßen.

Der Sonntag brachte bei schönstem Wetter Massenbesuch nach Laichingen. Der Vormittag stand im Zeichen der Gesangsvereine der Alb, die auf dem Marktplatz mit Massenchören auftraten. Am Nachmittag zog unter Beteiligung der benachbarten Städte, der Vereine und des Gewerbes ein farbenfroher Festzug zum Festplatz bei der Höhle. Der Abend brachte die Uraufführung des Heimatstückes „Huß sau“.

Übe Reue, schwarzes Schaf... Stuttgart. Die Kriminalpolizei Stuttgart ermittelte dieser Tage einen Müller und einen Kaufmann, die seit längerer Zeit große Mengen Weizenmehl der Bewirtschaftung entzogen und für 190 DM pro Doppelzentner illegal verkauft hatten. In diesem Zusammenhang wurde gegen 44 Bäcker, 10 Landwirte und zahlreiche Stuttgarter Geschäftsleute bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet.

Quer durch die Zonen

Tübingen. Fast ein Drittel der 3729 Straffälle (417 weniger als im März), die in Württemberg-Hohenzollern im April bei der Polizei anfielen, sind Diebstähle aller Art, obwohl die Zahl der schweren Diebstähle von 484 im März auf 194 zurückging, wobei der Anteil von Ausländern, die nicht zur Besatzungsmacht gehören, von 281 Fällen im März auf 23 sank.

Der Sonntag brachte bei schönstem Wetter Massenbesuch nach Laichingen.

Die Ausstellung des Landesverbandes für das Hundewesen in Württemberg-Hohenzollern war ein großer Erfolg. Die Ausstellung zeigte, daß Deutschland in der Hundezucht wieder an erster Stelle steht. Der Höhepunkt der Ausstellung bildete eine Gebrauchshundevorführung durch die Ortsgruppe Taiflingen und die Landespolizeischule Tübingen. Man sah hier nicht nur die Leistungen, zu denen ein Hund fähig ist, seinen großen Wert als Freund und Helfer des Menschen, sondern auch den züchterischen Weg, der zu einer solchen Vollendung führt.

6% Anleihe der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet von 1949 rückzahlbar zum Nennwert am 1. Juli 1950

Zeichnungsangebot Zum Zwecke des Wiederaufbaues der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet begibt die Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet eine 6% Anleihe, rückzahlbar zum Nennwert am 1. Juli 1950.

Die Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist nach § 2 des Gesetzes über den Aufbau der Verwaltung für Verkehr vom 12. 9. 1948 — WIGB I S. 95 — ein Sondervermögen der rechtsfähigen Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung. Die Rechtsfähigkeit der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ergibt sich aus Art. XII der Proklamation Nr. 7 (Amerikanisches Kontrollgebiet) Verordnung Nr. 126 (Britisches Kontrollgebiet) der Militärregierung Deutschland. Die Ausgabe vorstehender Reichsbahnleihe erfolgt im Einvernehmen mit dem Direktor der Verwaltung für Finanzen und dem Direktor der Verwaltung für Verkehr gemäß § 8 des Reichsbahngesetzes vom 4. 7. 1939 (RGBl. I S. 1205) in Verbindung mit § 2 und 8 des Gesetzes über den Aufbau der Verwaltung für Verkehr vom 12. 9. 1948. Für den Schuldendienst dieser Reichsbahnleihe (Verzinsung und Tilgung) haftet das Sondervermögen „Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet“.

Bei der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist seit dem Zusammenbruch 1945 eine ständige Aufwärtsentwicklung eingetreten. Die Zahl der beförderten Personen ist z. Z. doppelt so hoch wie vor dem Kriege; der Güterverkehr hat nahezu wieder den Stand von 1936 erreicht. Mit fortschreitender Durchführung des Marshall-Planes sind mit Sicherheit weitere größere Anforderungen an den Betriebsapparat der Reichsbahn zu erwarten, so daß die noch vorhandenen Kriegsschäden beseitigt, besichtigt und Maßnahmen für eine weitere Verbesserung der Bahnanlagen und Fahrzeuge getroffen werden müssen. Die Rentabilität der beabsichtigten Investitionen und damit auch der Schuldendienst für die Anleihe sind durch die zu erwartende Steigerung der Verkehrseinnahmen gewährleistet.

Auf Grund besonderer Abmachungen wird die Betriebsvereinbarung der Südwestdeutschen Eisenbahnen an dem Anleiheerlös im Rahmen der in den Ländern der französischen Besatzungszone anfallenden Zeichnungen beteiligt werden.

Die Anleihe ist in Stücken zu 100, 500, 1 000, 10 000 DM ausgefertigt. Für große Zeichnungen sind zugleich Stücke auf durch 100 000 teilbare Beträge vorgesehen. Für Zeichnungen aus Guthaben auf Anlagekonten werden auch Zertifikate über 20 DM ausgefertigt. Sämtliche Stücke lauten auf den Inhaber.

Die Anleihe wird vom 1. Juli 1949 an mit jährlich 6 vom Hundert in halbjährlichen Teilen am 1. Juli und 2. Januar jedes Jahres verzinst. Der erste Zinsschein wird am 2. Januar 1950 fällig.

Die vorzeitige Rückzahlung der Anleihe oder eines Teiles hiervon zum Nennwert, jedoch nicht vor dem 1. Juli 1954, bleibt vorbehalten.

Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt bei Fälligkeit gegen Rückgabe der Anleihestücke bei der Sparkasse des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, sämtlichen Niederlassungen der Landeszentralbanken, bei der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. und ihren Zweigniederlassungen und bei den sonst von der Deutschen Reichsbahn zu bezeichnenden Stellen. Die Auszahlung der Zinsen geschieht jeweils gegen Rückgabe der Zinsscheine durch die gleichen Stellen sowie durch die Generalkasse der Deutschen Reichsbahn in Offenbach (Main) und durch die Hauptkassen der Reichsbahndirektionen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

Jedem Anleihestück sind 20 halbjährliche Zinsscheine Nr. 1—20 für die Zeit bis einschließlich 1. Juli 1959 beigegeben.

buch auf den Namen einer Wertpapiersammelbank eingetragen. Nach Ablauf der Sperrfrist wird hinsichtlich der Verfügung über die Schätzanweisungen der Anleihe gemäß dem Antrag des Zeichners verfahren.

Der Mindestzeichnungsbetrag aus Guthaben auf Anlagekonten beträgt 20 DM; Zeichnungen sind nur in durch 20 teilbaren Beträgen möglich. Zuzahlungen zur Abrundung von Zeichnungsbeträgen auf 20 DM oder einem Vielfachen davon sind bis zum Nennbetrage von jeweils 100 DM zulässig. Die durch Zuzahlung aus freien Mitteln gezeichneten Schätzanweisungen unterliegen gleichfalls der einjährigen Sperrfrist. Auf den Anlagekonten danach noch verbleibende Spitzenbeträge von weniger als 5 DM werden gemäß der Dritten Durchführungsverordnung zum Vierten Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens — Gesetz Nr. 65 der Militärregierung — (Festkontogesetz) auf freies Konto übertragen.

Zeichnungen aus Guthaben auf Anlagekonten können nur bei den diesen Konten führenden Goldinstituten angebracht werden.

Zeichnungen aus Guthaben auf Anlagekonten bei Postscheck- und Postsparkassenämtern sind während der Zeichnungsfrist bei den Ämtern, welche die Anlagekonten führen, anzubringen.

Die Reichsbahnleihe wird zu den nachstehenden Bedingungen aufgelegt:

Zeichnungsbedingungen

- 1. Der Zeichnungspreis beträgt 100% spesenfrei. Börsenumsatzsteuer ist nicht zu entrichten.
2. Zeichnungen werden in der Zeit vom 30. Mai bis zum 25. Juni 1949 bei sämtlichen Niederlassungen der Landeszentralbanken, den Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften entgegengenommen. Zeichnungen aus Guthaben auf Anlagekonten nehmen auch die Postscheckämter und Postsparkassenämter an.
Früherer Schluß der Zeichnungen bleibt vorbehalten.
3. Die Zuteilung erfolgt baldmöglichst nach Ablauf der Zeichnungsfrist.
4. Die Bezahlung der zuteilten Anleihe hat am 30. Juni 1949 bei derjenigen Stelle, die die Zeichnungen entgegengenommen hat, zu erfolgen.
Die Zeichner effektiver Stücke erhalten zunächst (nicht übertragbare) Kassenzuweisungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausgegeben werden.
5. Die Lieferung der 6% Schätzanweisungen erfolgt baldmöglichst.

Offenbach (Main), den 16. Mai 1949 Frankfurt (Main),

Deutsche Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet Bank deutscher Länder Hauptverwaltung Dr. Busch

Anmerkung: Alle Banken, Girozentralen und genossenschaftlichen Zentralstellen wollen sich an die für ihren Bezirk zuständige Landeszentralbank zwecks Entgegennahme eines Merkblattes über die Durchführung des Zeichnungsverfahrens wenden. Die Sparkassen und Kreditgenossenschaften werden durch ihre Zentralstellen bedient.

